Parteien zur Wahl

Fragen zur Forschungs- und Bildungspolitik an die im Bundestag vertretenen Parteien

Welche Ziele für Bildung, Forschung, Energie- und Klimapolitik würden die Parteien verfolgen, wenn sie nach der Bundestagswahl die Regierung stellen oder an ihr beteiligt sind. Dazu beantworteten Bündnis90/Die Grünen, CDU/CSU, FDP, Die Linke und SPD die Fragen der Redaktionen von Physik Journal und Nachrichten aus der Chemie, der Mitgliederzeitschrift der Gesellschaft Deutscher Chemiker.

1. Innovationen werden eine besondere Rolle bei der Bewältigung der jetzigen Krise spielen. Welche Prioritäten setzen Sie in diesem Zusammenhang in der Forschungsförderung?

Unser Schwerpunkte hinsichtlich der öffentlich finanzierten Forschungsförderung sind die Bekämpfung des Klimawandels, wirksamer Umweltschutz, der Umgang mit der heterogener werdenden Gesellschaft und der demografische Wandel. Ein zentraler Ansatz dabei sind die Aspekte der Energie- und Ressourceneffizienz.

Gleichzeitig wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN strukturelle Defizite angehen. Die Potenziale von Menschen mit Migrationshintergrund und von Frauen liegen in Deutschland immer noch weitgehend brach. Wir wollen diese beiden Gruppen stärker fördern, gerade in der Wissenschaft.
Dies bedeutet für uns, dass in der gesamten Bildungskette mehr Chancengerechtigkeit geschaffen werden muss. Von der frühkindlichen Bildung über die Schule bis zur Hochschule und Weiterbildung muss mehr gefördert und weniger aussortiert werden.

Außerdem setzen wir auf die Impulse aus dem Europäischen Forschungsraum, vor allem aus dem 7. Forschungsrahmenprogramm. Hier wollen wir „bottom-up-Ansätze“ unterstützen, die durch europäische Kooperationen einen Mehrwert in der Forschung erzielen. Dieses Grundprinzip wollen wir Grüne auch im 8. Forschungsrahmenprogramm verankern, das ab 2010 Gestalt annehmen wird.

Forschung und Innovation sind entscheidende Bausteine unseres Programms für Wachstum und Überwindung der Wirtschaftskrise. Diese Politik werden wir in drei Zukunftsprojekten besonders fördern, welche die Weiterentwicklung von Umwelttechnologien und neuer Antriebstechnologien im Fahrzeugsektor sowie die Erforschung neuer Werkstoffe umfassen.

Die CDU wird darüber hinaus die erfolgreiche Hightech-Initiative fortführen und sie gezielt auf Zukunftsmärkte in Bereichen Gesundheit und Ernährung, Energie und Klima, Mobilität, Sicherheit sowie Information und Kommunikation ausrichten. Zur Intensivierung des Technologietransfers werden wir die Forschungsförderung für den Mittelstand weiter steigern und die Netzwerkbildung zwischen Wirtschaft, Forschungseinrichtungen und Hochschulen vorantreiben. Die Bemühungen der Wirtschaft um neue Produkte und Technologien flankieren wir mit einer steuerlichen Förderung. Wir bekennen uns auch zur besonderen Bedeutung der Grundlagenforschung und zur wissenschaftlichen Autonomie, zum „Pakt für Forschung und Innovation“, zur Exzellenzinitiative und zum Hochschulpakt. Wo es sinnvoll ist, werden wir die Forschungspotentiale unter einem Dach bündeln.

Den Herausforderungen der Finanz- und Wirtschaftskrise wirksam zu begegnen, hängt in entscheidendem Maß auch davon ab, wie gut es Staat und Wirtschaft gelingt, einerseits geeignete Bedingungen für einen schnellen und effizienten Transfer von Forschungs- und Entwicklungsleistungen in innovative und marktgerechte Produkte zu schaffen und andererseits die Zukunftsfähigkeit forschender Unternehmen durch Stärkung ihrer Investitionskraft zu sichern. Hierbei spielen für die FDP der Ausbau des Wissens- und Technologietransfers, der Forschungsprämie und die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung eine besondere Rolle. Darüber hinaus müssen Instrumente für eine effektive Validierungsforschung entwickelt werden, die herausragende Forschungsergebnisse schnell identifizieren und auf ihre Verwendbarkeit für nachfolgende Entwicklungen überprüfen.

DIE LINKE. Die öffentliche Forschungsförderung muss den Strukturwandel der Wirtschaft für einen Wechsel zu einer solidarischen und ökologischen Ökonomie nutzen. Wenn wir massiv in erneuerbare Energien und Effizienztechniken investieren, ist eine Entkopplung von Wachstum und Umweltverbrauch möglich. Weder zukunftsfähig noch innovationsfördernd ist die Forschungsförderung von Exportindustrien und Großunternehmen. Unser Schwerpunkt liegt auf regionalen Wirtschaftskreisläufen, öffentlicher Infrastruktur und gemeinnütziger Perspektive. Innovative KMUs wollen wir auch in der Krise unbürokratisch über die KfW, die Ausweitung des High-Tech- Gründungsfonds und das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) und Strategieberatung fördern. Stärker berücksichtigt werden muss dabei die Vorfinanzierung der Markteinführung. Wichtig für Innovationen ist der Open-Source-Ansatz, hingegen innovationsfeindlich die fortschreitende Patentierungstiefe, die rechtlich eingeschränkt werden muss.

SPD Als exportorientiertes Land ist Deutschland darauf angewiesen, dass Unternehmen neue und qualitativ hochwertige Produkte auf dem Weltmarkt anbieten und damit konkurrenzfähig sind. In einer strategischen Forschungsförderung liegt für die SPD die entscheidende Grundlage für mehr Innovationen. Wir wollen die Stärke Deutschlands bei hochwertigen Technologien ausbauen und im Bereich der Spitzentechnologien wieder zur Weltspitze aufschließen. Mit den von der SPD initiierten Wissenschaftsprogrammen Exzellenzinitiative und Pakt für Forschung werden wir in den Jahren bis 2018 sicherstellen, dass exzellente Forschung an den Hochschulen sowie in außeruniversitären Forschungseinrichtungen gelingt. Entscheidend ist dabei, dass sowohl Grundlagenforschung- als auch anwendungsorientierte Forschung gleichermaßen gefördert werden. Wir brauchen vor allem mehr Vernetzung zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen, um Synergien besser zu nutzen. So wollen wir sicherstellen, dass innovative Ideen in Produkte umgesetzt und in Deutschland produziert werden.

2. Welche neuen Förderprogramme planen Sie dazu und welche bestehenden stellen Sie auf den Prüfstand?

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Wir wollen mehr öffentliche Forschungsförderung im Bereich der Energieeffizienz und der Erneuerbaren Energiequellen, der Energiespeicher, der Mobilitäts- und der Materialforschung.
Wir streben eine Umwidmung der Forschungsvorhaben zur Entwicklung gentechnisch veränderter Pflanzen und Tiere an. Stattdessen wollen wir bisher weitgehend unbearbeitete Forschungsfelder wie die ökologische Pflanzen- und Tierzucht, die ökologische Tier- und Pflanzenernährung, den ökologischen Weinbau und den biologischen Pflanzenschutz fördern. In den Lebenswissenschaften wollen wir Forschung mit adulten Stammzellen ausweiten, damit auf die Verwendung embryonaler Stammzellen verzichtet werden kann.

Alle bestehenden Förderprogramme gehören auf den Prüfstand, ob sie ausreichende Mittel für die Risikoforschung und die Technikfolgenabschätzung bereitstellen. Gender-Perspektiven und die Bedürfnisse einer heterogenen Gesellschaft wollen wir zum selbstverständlichen Bestandteil von Forschungsfragen machen.

CDU/CSU Die CDU-geführte Bundesregierung hat die Förderprogramme im Rahmen der Hightech-Strategie zukunftsfähig ausgerichtet. Die Forschungsförderung für den Mittelstand wurde weitgehend im Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) gebündelt und aufgestockt. Alle Programme erfahren eine regelmäßige Evaluierung, auf deren Basis sie weiterentwickelt werden. In der nächsten Legislaturperiode werden wir sechs Zukunftsprojekte besonders fördern. Davon haben vier einen hohen Technologie- und Forschungsbezug: Umwelttechnologien, Modellregion für Elektroautos, neue Werkstoffe und Gesundheitsforschung.

FDP Die Liberalen Gesundheit, Energie, Mobilität und Infrastruktur sind zu Kernthemen einer künftigen Innovationspolitik zu machen. Generell gehören alle von der öffentlichen Hand geförderten Forschungsprogramme regelmäßig auf den Prüfstand. Ein solches Vorgehen erlaubt ein frühzeitiges Erkennen von Fehlern in der Programmstruktur und schafft Möglichkeiten für ein Nachjustieren. Es müssen aber auch jene Projekte der öffentlichen Projektförderung auf den Prüfstand gestellt werden, die nachweislich von den forschenden Unternehmen und Forschungsverbünden schlecht nachgefragt werden.

DIE LINKE. Risikotechnologien wie die Atomkraft und die unterirdische Verklappung von Kohlendioxid binden Geldmittel, die für eine Energiewende benötigt werden. Diese Mittel wollen wir für Energieeffizienz, -speicherung und erneuerbare Energien einsetzen. Erleichtern wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Fachhochschulen. Industriegeführte Forschung mit öffentlichen Mitteln, von der meist nur die Unternehmen profitieren, wollen wir hingegen beenden. Öffentliche und gemeinnützige Institutionen sollen zu Auftraggebern für die Forschung werden. Priorität genießen dabei die Erneuerung des Verkehrssystems, der dezentralen Energieversorgung, der öffentlichen Verwaltung sowie kostengünstige Verfahren und Dienstleistungen in Medizin und Pflege.

SPD Durch die Verlängerung der Exzellenzinitiative, des Hochschulpakts sowie des Pakts für Forschung und Innovation investieren wir in den kommenden Jahren zusätzlich 18 Milliarden Euro in die Forschung. Die Zwischenevaluation der ersten Runde der Exzellenzinitiative hat gezeigt, dass hervorragende Forschungsleistungen dort entstehen, wo Hochschulen, Forschungseinrichtungen und die Wirtschaft im Verbund zusammenarbeiten. Die Förderung von Exzellenzclustern ist dabei ein wichtiger Schritt. Um die Bildung von Spitzenclustern und Forschungsnetzwerken zu erleichtern, wollen wir die Integration von Hochschulen und Forschungseinrichtungen vereinfachen und Wissenschaftsstrukturen flexibilisieren. In Zeiten des Klimawandels müssen wir insbesondere Antworten für die Zukunft der Energieversorgung entwickeln. Deshalb werden wir neue Energieforschungsprogramme mit den Schwerpunkten Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und Speichertechnologien auflegen.

3. Wie und wann erreichen Sie eine Forschungsförderung in Höhe von 3% des BIP?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Das Lissabon-Ziel ist wichtig, um in allen EU-Mitgliedstaaten eine Aufbruchstimmung für die Forschung zu schaffen. Wir Grüne wollen dauerhaft mindestens 3% des BIP in Forschung und Entwicklung investieren und dies in der nächsten Legislaturperiode erreichen. Eine rein nominale Betrachtung der Forschungsförderung reicht allerdings nicht aus. Aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Krise, könnte das 3%-Ziel 2009 nominal erreicht werden, vorausgesetzt die privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung brechen nicht deutlich ein. Dauerhaft das Lissabon-Ziel zu erreichen, erfordert aber verstärkte Anstrengungen und strukturelle Fortschritte. Zwar werden mit dem Pakt für Forschung und Innovation und der Exzellenzinitiative zwei ursprünglich Rot-Grüne Projekte weitergeführt, es fehlt aber an den notwendigen Grundlagen vor allem im Hochschulbereich. Der Hochschulpakt 1 funktioniert bisher nicht, weil er den Hochschulen zu geringe Anreize gibt, der Hochschulpakt 2 wird diesen Fehler fortsetzen. Wir wollen in den nächsten fünf Jahren 500.000 neue Studienplätze schaffen. Diese müssen deutlich besser ausfinanziert sein, als bisher vereinbart: So fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 10.600 € pro Platz pro Jahr statt der bisherigen 5.500 bzw. 6.500 €. Nur dann kann die Betreuung verbessert werden, d.h. der notwendige Aufwuchs bei den wissenschaftlichen Kräften, vor allem im Nachwuchsbereich, finanziert werden.

Außerdem wollen wir die kleinen und mittleren Unternehmen durch eine steuerliche Forschungsförderung zu mehr F&E anreizen.

CDU/CSU Staat und Wirtschaft sollen möglichst schnell gemeinsam mindestens drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Forschung und Entwicklung investieren. Die CDU-geführte Bundesregierung hat ihre Forschungsförderung bereits deutlich gesteigert, sie liegt 2009 um rund ein Viertel höher als 2005. Nun kommt es darauf an, dass gerade die Wirtschaft ihre Forschungs- und Innovationsaktivitäten ausbaut. In einer gemeinsamen Kraftanstrengung können wir das Drei-Prozent-Ziel bis 2015 erreichen.

FDP Die Liberalen Das Ziel der jetzigen Bundesregierung, 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung zu verwenden wird in dieser Legislaturperiode nicht mehr erreicht. Deutschland ist ein hoch industrialisiertes Land und verfügt über erhebliche FuE- und Innovationspotenziale. Die deutsche Wirtschaft hat ihre FuE-Ausgaben in den letzten zehn Jahren deutlich gesteigert. Betrug ihr Anteil am BIP im Jahr 1997 noch 1,51 Prozent, so stieg er 2007 auf 1,77 Prozent an. Die staatlichen Förderungen für Forschung und Entwicklung in den Unternehmen ist rückläufig. Der Finanzierungsanteil

der öffentlichen Hand an den FuE-Aufwendungen der Wirtschaft ist von 16,9 Prozent im Jahr 1981 auf 4,5 Prozent im Jahr 2006 gefallen. Er liegt damit deutlich niedriger als bei der Mehrheit der OECD-Staaten. Insgesamt stagniert der Anteil des Staates an der FuE-Förderung seit Jahren und liegt konstant bei rund 0,7 Prozent vom BIP. Mit der Einführung einer steuerlichen FuE-Förderung für alle in Deutschland forschenden Unternehmen will die FDP noch im Jahr 2010 den entscheidenden Schritt hin zur Erreichung des 3-Prozent-Ziels wagen.

DIE LINKE. Das 3 Prozent-Ziel der Lissabonstrategie reduziert Forschungs- auf Wettbewerbspolitik und Innovationen auf das Ergebnis von Angebotspolitik. Unternehmerische FuE-Ausgaben lassen sich aber vor allem steigern, wenn die Nachfrage nach Innovationen in der Gesellschaft gestärkt wird. Angesprochen sind die private Kaufkraft durch eine sozial gerechte Lohn- und Steuerpolitik; öffentliche Nachfrageprogramme und eine Vergabepraxis, die sich an sozialen und ökologischen Innovationen beim Ausbau der baulichen, IT, Verkehrs- oder Gesundheitsinfrastruktur orientiert; und schließlich ein innovationsfreundliches gesellschaftliches Klima, das nicht durch Standortdebatten, sondern öffentliche Diskussionen über Gebrauchswert und Auswirkungen von technischen und anderen Innovationen entsteht.

SPD Das 3 %-Ziel könnte schneller erreicht sein als wir gedacht haben. Aufgrund der durch die Wirtschaftskrise verursachten Rezession könnte die Ziel-Marke bereits 2009 in greifbare Nähe rücken, da wir trotz sinkender Steuereinnahmen und des sinkenden Bruttoinlandsprodukts die staatlichen Zuwendungen an die Forschungsorganisationen um 3 % gesteigert haben. Hinzu kommen zusätzliche Investitionen aus dem Konjunktur-Paket II für die Hochschulen und die Aufstockung der Mittel für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) um 900 Millionen Euro. Gerade in der Krise sind Investitionen in Forschung und Entwicklung eine notwendige Maßnahme, um wieder nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu generieren. Entscheidend wird sein, ob die privaten Investitionen der Unternehmen in Forschung und Entwicklung stabil bleiben bzw. ebenfalls trotz der Krise steigen. Nur wenn die öffentlichen und privaten Anstrengungen kontinuierlich steigen, kann das 3 %-Ziel dauerhaft erfüllt werden.

4. Wie wird Ihre steuerliche Förderung der Industrieforschung aussehen?

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Wir wollen Forschung und Entwicklung in kleinen und mittleren Unternehmen systematisch stärken. Deshalb werden wir eine Steuergutschrift in Höhe von 15% der Ausgaben für Forschung und Entwicklung für diese Unternehmen einführen. Dies erleichtert die Finanzierung von Innovation nachhaltig. Von einer Steuergutschrift profitieren insbesondere auch junge innovative Unternehmen, die noch Verluste machen. So gelingt es die Innovationsfähigkeit generell, aber natürlich auch in Zukunftsbereichen wie Energie- und Ressourceneffizienz zu stärken.

CDU/CSU Wir wollen die Finanz- und Steuerpolitik insgesamt zum Innovationsmotor machen. Ein wichtiges Element ist dabei die steuerliche Förderung von klar abgrenzbaren Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Diese hilft kleinen und mittelgroßen Unternehmen besonders und muss in Kombination mit der bestehenden themenspezifischen Projektförderung erfolgen. Beides gemeinsam ergibt ein geschlossenes und international wettbewerbsfähiges Innovationsfördersystem. Die steuerlichen Anreize können zum Beispiel in Form einer Steuergutschrift erfolgen.

FDP Die Liberalen Im Rahmen einer umfassenden Steuerreform will die FDP das deutsche Steuerrecht innovations- und forschungsfreundlich ausgestalten und somit den Standortnachteil Deutschlands im europäischen Vergleich beseitigen. Wir wollen eine einfache und unbürokratische steuerliche Forschungs- und Entwicklungsförderung als Instrument einer indirekten Förderung neben der direkten (Projekt-) Förderung einführen. Dabei sollen bei der Definition der Bemessungsgrundlage für die Förderung sämtliche FuE-Aufwendungen (Personal- und Sachaufwendungen sowie Aufwendungen für FuE-Auftragsforschung), die das steuerpflichtige Unternehmen auf eigenes Risiko tätigt, berücksichtigt werden. Zur Vermeidung von Doppelförderungen sollen bestehende FuE-Zuwendungen des Bundes, bundesnaher Einrichtungen und der Länder vorweg berücksichtigt werden.

DIE LINKE. Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) lassen sich am wirkungsvollsten stärken durch verbesserte Kreditbedingungen öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute und gezielte Förderprogramme. Eine pauschale steuerliche Förderung der unternehmerischen FuE-Ausgaben lehnen wir ab. Der internationale Vergleich zeigt, dass gerade europäische Länder ohne eine solche Förderung, wie etwa die Schweiz, Schweden oder Finnland, zu den innovationsfähigsten gehören, während etwa die Niederlande mit steuerlicher FuE-Förderung seit Jahren sinkende FuE-Anteile in der Wirtschaft beklagen müssen.

SPD Antwort: Schwerpunkt industrieller Forschungsförderung ist in Deutschland die Projektförderung sowie die Förderung von Schlüsseltechnologien. Diese erfolgreiche Förderung wollen wir fortsetzen. Darüber hinaus setzt sich die SPD dafür ein, die Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung in Unternehmen zu verbessern. Gerade kleine und mittlere Unternehmen (KMU) haben häufig Schwierigkeiten beim Zugang zu Förderprogrammen. Deshalb wollen wir die projektorientierte Forschungsförderung durch eine steuerliche Förderung in Form einer Steuergutschrift für KMU ergänzen. So schaffen wir Anreize für eine Steigerung der Forschungsaktivität in Unternehmen und stimulieren die Ausweitung privater FuE-Ausgaben.

5. Welche Klimaschutzziele verfolgen Sie und mit welchen Maßnahmen werden Sie diese erreichen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass Deutschland als Vorreiter beim Klimaschutz vorangeht und seine Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 senkt. Bis 2050 ist eine Reduktion von mindestens 80% erforderlich, um die globale Erwärmung auf zwei Grad zu begrenzen. Die bislang von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen sind jedoch nicht ausreichend, um dieses Ziel zu erreichen. Mit unserem neuen grünen Gesellschaftsvertrag (green new deal) sorgen wir für Investitionen in Klimaschutz, Bildung und soziale Gerechtigkeit und schaffen in den nächsten vier Jahren 1 Million neue Arbeitsplätze. Wir werden klima- und umweltschädliche Subventionen abbauen und unser Steuersystem ökologisch umgestalten. So wollen wir spritsparende und klimafreundliche Autos bei der Kfz-Steuer deutlich entlasten, Elektromobilität fördern und das Dienstwagenprivileg für große Firmenlimousinen abschaffen. Mit einem Energiesparfonds und verbesserten Programmen zur Gebäudesanierung unterstützen wir Haushalte und Betriebe beim Energiesparen und machen uns so unabhängiger von Erdöl und Kohle. Durch den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien, strenge Effizienzvorgaben, eine bessere Energiekennzeichnung und eine ökologische öffentliche Beschaffung wollen wir wirtschaftliche Innovation und nachhaltige Produkte fördern. Ökonomie und Ökologie gehören zusammen. Mit unseren Maßnahmen zum Klimaschutz wollen wir Klima- und Wirtschaftkrise gemeinsam lösen und unsere Wirtschaft ökologisch modernisieren. Ein Strukturwandel hin zu einer CO2-armen Wirtschaft nützt nicht nur unserem Klima, sondern bedeutet international auch einen erheblichen Wettbewerbsvorteil für die deutsche Wirtschaft.

CDU/CSU Wir setzen uns für ein verbindliches Klimaschutzabkommen ein und wollen die Weltklimakonferenz in Kopenhagen zum Erfolg bringen. Neben den europäischen Klimaschutzzielen haben wir uns für Deutschland ehrgeizige Ziele gesetzt. Bis 2020 soll der CO2-Ausstoß im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent sinken. Den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung wollen wir auf 30 Prozent steigern. Die Energieeffizienz soll sich im Vergleich zu 1990 verdoppeln. Die Förderung erneuerbarer Energien, ein breiter Energiemix sowie Anreize für mehr Energieeffizienz und Energiesparen sind unser Weg zum Klimaschutz.

FDP Die Liberalen Die FDP engagiert sich seit Jahren für einen wirksamen Klimaschutz auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Wir begrüßen die Beschlüsse des Europäischen Rates, bis 2020 den Ausstoß der Treibhausgase um 20 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, als ersten wichtigen Schritt. Erforderlich ist in der Tat eine Senkung um 30 Prozent in der EU bis 2020. Hierzu soll auch Deutschland im Rahmen einer gerechten Lastenverteilung seinen Anteil erbringen. Angesichts eines Anteils der EU von 16 Prozent der globalen Kohlendioxidemissionen helfen Insellösungen aber nicht, wenn sie ausschließlich zu Produktionsverlagerungen führen. Wir brauchen einen Entwicklungspfad für 2050 mit einer Reduzierung

um 60 bis 80 Prozent in den Industrieländern. Einen darüber hinausreichendes, sich gegenseitiges Überbieten bei Minderungsquoten als politische Zielvorgaben hält die FDP für nicht sachdienlich. Ein wirksamer Klimaschutz braucht nicht immer ehrgeizigere Quoten, sondern entschlossenes Handeln. Dabei gilt für die FDP, dass die Effizienz jeder Maßnahme zur CO2-Reduktion über ihre Einführung entscheiden soll, nicht hingegen ihr Symbolwert: Wir wollen Treibhausgase so kostengünstig wie möglich vermeiden. Die FDP fordert von der Europäischen Union, sich für verbindliche, ambitionierte und weltweite Klimaschutzziele im Rahmen eines Post-Kyoto-Abkommens einzusetzen. Vorrangiges Ziel ist ein globaler Kohlenstoffmarkt. Daneben müssen die EU bzw. ihre Mitgliedstaaten ausreichende finanzielle Mittel für einen Technologiefonds, einen Anpassungsfonds und für die Finanzierung von Aufforstungsprojekten in den Tropen bereitstellen. Anpassungsmaßnahmen an unvermeidbare klimatische Veränderungen wie Deichbau, Küsten- und Hochwasserschutz gehören auf die Prioritätenliste europäischer Klimapolitik. Den Klimawandel und die Reduzierung von selbst produzierten Treibhausgasen werden wir nur mit einer konsequenten Klima- und Energieforschungspolitik begegnen können.

DIE LINKE. Der Klimagas-Ausstoß in Deutschland muss bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 halbiert und bis 2050 um mindestens 90 Prozent gesenkt werden. Dafür braucht es den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien und einer Energieeffizienz-Offensive: strengere Standards für den Energieverbrauch, „Top-Runner"-Programme für Elektrogeräte und ein Energiesparfonds mit Förderprogrammen für einkommensschwache Haushalte. Damit Stromnetze für einen schnell wachsenden Anteil erneuerbarer Energien umgebaut werden können, gehören sie in die öffentliche Hand. Umweltgerechte Mobilität für alle bedarf u. a. eines massiven Ausbaus des öffentlichen Verkehrs.

SPD Die SPD übernimmt heute bereits Verantwortung für zukünftige Generationen: Wir werden den internationalen Vorgaben des IPCC entsprechend die CO_2 Emissionen in Industriestaaten bis 2050 gegenüber 1990 um 80 – 95 % reduzieren. Dies ist nur erreichbar, wenn wir jetzt in die Modernisierung unserer Kohle- und Gaskraftwerke investieren, um weniger CO_2 zu emittieren wir die Emissionsbudgets im Rahmen der EU und der internationalen Vereinbarungen weiter absenken. Der Anteil der erneuerbarer Energien wird an der Energieversorgung über das Jahr 2030 hinaus weiter ansteigen und der jetzt bereits geltende Vorrang der Einspeisung ins Netz erhalten bleibt.

6. Was sind Ihre Prioritäten und Ziele in der Energieforschung?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN In der Energieforschung flossen in den letzten 50 Jahren fast 90% aller öffentlichen Forschungsmittel im Rahmen der OECD in die Kernspaltung und Kernfusion. Dabei trägt die Kernenergie nur zu 2,5 % zum Weltenergieverbrauch bei. Auch in Deutschland überwiegen teilweise noch Themenstellungen zu den nuklearen Techniken. Das ist eine völlig falsche Schwerpunktsetzung, die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN korrigieren wollen. Erneuerbare Energien werden im Verbund mit Energieeinsparung die Atomenergie sowie die fossilen Energieträger Schritt für Schritt abzulösen. Dieses Ziel ist unsere Leitlinie bei der Aufteilung der Forschungsmittel für den Energiebereich. Dabei stehen folgende Forschungsfelder im Mittelpunkt: Energieeffizienz und Einsparung, Erneuerbare Energien, Elektromobilität, Nachhaltigkeit der Energieerzeugung, Speichersysteme für Wärme und Strom.

CDU/CSU Die CDU tritt für eine breite technologieoffene Energieforschung ein. Wir wollen die Weichen stellen, dass Deutschland Weltmarktführer bei klimaschonenden Energieträgern und Klimaschutztechnologien in allen Bereichen wird. Hierzu gehören saubere Gas- und Kohlekraftwerke, aber auch die Forschung im Bereich der Erneuerbaren, der Kerntechnik und der Geothermie. Bei der Kernforschung ist für uns die Förderung deutscher Sicherheitskompetenz als Beitrag zur Sicherheit kerntechnischer Anlagen weltweit wichtig. Speichertechnologien müssen ein Schwerpunkt bei der Forschung an regenerativen Energien sein.

FDP Die Liberalen Die Zukunft Deutschlands als stärkste Wirtschaftsmacht in Europa, als Technologieführer und seiner Wohlstandsgesellschaft hängt im hohen Maße auch von einer Neuausrichtung der Energie- und Energieforschungspolitik

ab. Die Forschung und Entwicklung muss, auf die Energieversorgung, auf Höchsttechnologien der Erzeugung sowie der Energieübertragung und der Energiespeicherung ausgerichtet werden. Dabei müssen alle möglichen Energietechnologien, die zu einer deutlichen Verringerung der energiebedingten Umwelt- und Klimabelastung beitragen, uneingeschränkt gefördert werden. Es muss dabei eine Optionenvielfalt erhalten werden, die es jederzeit ermöglicht, auf geänderte Bedingungen schnell reagieren zu können. Forschungsfelder wie Forschung für Erneuerbare Energien, die Speicherung fluktuierender Energien sowie intelligente Stromnetze und Infrastrukturen, die den Energietransport- und Energieverteilungsnetze für die direkte Nutzung Erneuerbarer Energien (u. a. für „Elektromobilität“) ertüchtigen, sind zu verstärken. Weiterhin sind die Langfristforschungen zur Kernfusion und aller damit zusammenhängenden Fragen voranzutreiben, bis die Großexperimente auf nationaler Ebene (u. a. Wendelstein 7X) und auf europäischer Ebene (ITER) abgeschlossen sind. Die kerntechnische Sicherheits- und Endlagerforschung ist auf hohem Niveau weiterzuführen und die Einbindung deutscher Forschergruppen in die internationale Kernenergieforschung (z. B. in das Projekt Generation 4) zu ermöglichen. Künftig ist dafür Sorge zu tragen, dass deutsche Wissenschaftler ungehindert an allen Projekten der EU-Forschungsrahmenprogrammen und EURATOM teilnehmen können. Mit einer „Initiative Energieforschung 2020“ sollen die Hochschulforschung und die FuE-Innovationsallianzen zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft gestärkt und zusätzliche Anstrengungen zur Nachwuchsgewinnung sowie zur Nachwuchsförderung und Ingenieurausbildung unternommen werden.

Wir brauchen eine nationale Energieforschungsoffensive auf der Grundlage eines energiepolitischen Gesamtkonzepts und einem darauf basierenden Energieforschungsprogramm. Die Energieforschung ist als ein strategisches Instrument für eine zukunftsweisende deutsche Forschungs-, Wirtschafts- und Energiepolitik zu verstehen. Die politische Gesamtverantwortung hierfür muss in Zukunft wieder in eine Hand gelegt werden. Nur so kann gleichzeitig für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der institutionellen Forschung, der Forschungsprogramme und Forschungsprojekte sowie für geeignete Rahmenbedingungen für die Forschungsanstrengungen der Wirtschaft gesorgt werden.

DIE LINKE. Öffentliche Förderung wollen wir auf effiziente und erneuerbare Energien begrenzen und so effektiv die Kraft-Wärme-Kopplung und den Ausbau der Fernwärme fördern. Weiterentwickeln wollen wir die Nutzung der Sonnenstrahlung, der Windkraft und insbesondere der Geothermie. Dazu gehören auch eine leistungsfähige Energiespeicherung sowie dezentrale Netzeinspeisung. Ein Schwerpunkt sollte die Nutzung von Energiepflanzen für hocheffizientes Biogas, nicht aber für Biokraftstoffe sein. Bioenergieforschung muss auch mit nachhaltigen Nutzungskonzepten für Regionen verzahnt werden. Konzepte und Technologien für energieeffiziente Mobilität sind schließlich Voraussetzung für eine Verkehrswende.

SPD Im Rahmen des 6. Energieforschungsprogramms werden wir die Schwerpunkte auf Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und Speichertechnologien legen. Besonders Erneuerbare Energien sind einer der wichtigsten Leitmärkte. Technologischer Vorsprung und Anwendung im eigenen Land sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Wir werden einen Nationalen Aktionsplan Erneuerbare Energien vorlegen, der zur Beschleunigung des Ausbaus Erneuerbarer Energien in der Stromversorgung, im Wärmebereich und im Transportsektor beitragen wird. Den Vorrang Erneuerbarer Energien in diesen Bereichen wollen wir stärken. Wir werden die Technologieführerschaft bei der Nutzung der Windenergie auch auf dem Meer nutzen. Hierfür streben wir bis 2013 eine installierte Leistung von rd. 1.500-2.000 Megawatt an. Bei der Photovoltaik wollen wir bis Ende 2013 annähernd die Netzparität erreichen: Strom aus einer neuen Anlage in Deutschland wird dann nur noch so viel Geld kosten wie Strom aus der Steckdose. Bis 2010 werden lückenlose und umfassende Zertifizierungssysteme geschaffen, die den nachhaltigen Anbau von Pflanzen zur Erzeugung von Bioenergie sicherstellen.

7. Welche Rolle soll die Kernenergie spielen?

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Atomenergie ist aufgrund der unverantwortlichen Risiken und des bis heute ungelösten Endlagerproblems keine Option für eine nachhaltige Energieversorgung. Deshalb ist der Atomausstieg nach wie vor richtig. Mit ihm wurden die Gefahren der Atomenergie zeitlich begrenzt und die Entstehung neuen Atommülls eingeschränkt. Der Ausstieg hat zudem maßgeblich dazu beigetragen, die Energiewende in Richtung mehr Effizienz und erneuerbarer Energien voranzubringen und er schafft enorme Potenziale für neue Arbeitsplätze im Energiebereich. Angesichts veralterter Atommeiler und wachsenden Terrorgefahren gilt es heute, den Atomausstieg zu forcieren, etwa indem besonders unsichere AKWs früher vom Netz genommen werden. Eine Laufzeitverlängerung behindert nur den zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien.

Wir verstehen den Beitrag der Kernenergie zur Stromversorgung als Brückentechnologie, weil heute klimafreundliche und kostengünstige Alternativen noch nicht in ausreichendem Maße verfügbar sind. Daher streben wir eine Laufzeitverlängerung der sicheren deutschen Anlagen an. Einen Neubau von Kernkraftwerken lehnen wir ab. Der größte Teil des zusätzlich generierten Gewinns aus der Laufzeitverlängerung soll nach einer verbindlichen Vereinbarung mit den Energieversorgungsunternehmen zur Forschung im Bereich der Energieeffizienz, erneuerbarer Energien sowie zur Senkung der Strompreise genutzt werden. Eine verantwortungsvolle Nutzung der Kernenergie beinhaltet auch die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle. Die CDU verlangt eine sofortige Aufhebung des Moratoriums zur Erkundung des Standortes Gorleben.

Wollen wir die stabile Energieversorgung und unseren Lebensstandard halten und dabei zugleich die Klimaschutzziele erreichen, brauchen wir alle Energieoptionen, und so auch die Kernkraft auf längere Zeit. Hierzu müssen die Laufzeiten der Kernkraftwerke in Deutschland solange verlängert werden bis Erneuerbare Energien in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen oder eine Nutzung von Technologien zur CO2-armen Kohleverstromung im großtechnischen Maßstab beginnen kann. Hierfür sind die im Atomgesetz festgeschriebenen Abschaltkriterien auszusetzen. Parallel zum Weiterbetrieb der laufenden Kernkraftwerke sind Erneuerbare Energien und andere geeignete Klimaschutztechnologien mit aller Entschlossenheit weiter auszubauen.

DIE LINKE setzt sich für den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomwirtschaft ein. Der Betrieb von Atomanlagen birgt unverantwortlich hohe Risiken und die Endlagerfrage ist nach wie vor ungelöst. Atomkraftwerke blockieren zudem den notwendigen Umbau des Energiesystems hin zu erneuerbaren Energien mit meist dezentraler Energienerzeugung. Zukünftig werden als Ergänzung zu den erneuerbaren Energien leicht hoch- und herunterfahrbare Kraftwerke gebraucht (z.B. Gaskraftwerke), dafür sind AKWs viel zu inflexibel.

Langfristig gar keine, denn für die SPD bleibt es beim vereinbarten Atomausstieg! Bei einer etwaigen Laufzeitverlängerung der Atomkraft müssten die jetzigen Planungen zum Neubau fossiler Kraftwerke völlig revidiert werden, um das Ziel von 30% Anteil am Stromverbrauch durch Erneuerbare Energien für das Jahr 2020 nicht zu gefährden. Auch das Ausbauziel im Bereich der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) von 25% Stromanteil bis 2020 wäre nicht erreichbar. Der erforderliche Strukturwandel der Stromversorgung in Richtung deutlich gesteigerter Stromeffizienz, deutlich höherem KWK-Anteil und hoher Ausbaudynamik der EE wäre grundsätzlich in Frage gestellt. Das Energiesystem wäre somit kaum in der Lage, das bis 2050 zu erfüllende Klimaschutzziel einer CO_2-Minderung um 80% zu erreichen.

Dass der stetige Ausbau von Erneuerbaren Energien im Widerspruch zu einem Festhalten an der Atomenergie steht, haben nicht zuletzt aktuelle Stellungnahmen der Stromkonzerne EON und EdF bestätigt, die bei einer Anhörung in Großbritannien damit drohten, den Neubau der angekündigten Atomkraftwerke aufzugeben, wenn die Regierung mit dem geplanten Ausbau Erneuerbarer Energien Ernst mache, da sich dann die Atomkraftwerke nicht mehr wirtschaftlich betreiben ließen.

Und eins steht fest: Ohne eine Regierungsbeteiligung der SPD wird der Atomausstieg aufgehoben!

8. Welche Rolle soll der Bund künftig für die Hochschulen spielen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich in beiden Föderalismusreformen dafür eingesetzt, dass der Bund weiterhin Mittel für die Hochschulen zur Verfügung stellen darf. Das weitgehende Kooperationsverbot für den Bund im Bereich Bildung und Wissenschaft muss aufgehoben werden. Dem Bund muss die Möglichkeit gegeben werden, sich mit Zustimmung der Länder im Bildungsbereich von der frühkindlichen Bildung bis zu den Hochschulen auch finanziell zu beteiligen. Der „Reparaturversuch“ der Großen Koalition in der nun beschlossenen 2. Föderalismusreform ist untauglich. Die Beschränkung der Möglichkeit von Bundeshilfen gemäß Art. 104b GG auf die Bereiche mit Gesetzgebungskompetenz des Bundes müssen im Bereich Bildung und Wissenschaft, auch über Notfälle und Katastrophen hinaus, aufgehoben werden.

Hochschulpolitik bleibt vorwiegend Ländersache. Doch gerade hier gilt: Bund und Länder müssen enger zusammenarbeiten, um den Studierenden die besten Qualifizierungs- und Bildungschancen zu geben und die Wissenschaft in Deutschland voranzubringen. Ein Beispiel für die enge und gute Zusammenarbeit sind der Hochschulpakt und die Exzellenzinitiative. Wir werden beide fortführen. Das erhöht die Qualität des Studienstandorts Deutschland und die internationale Sichtbarkeit und Attraktivität des deutschen Hochschulwesens.

Der Bund bringt sich derzeit im Rahmen unterschiedlicher Wissenschafts- und Forschungsprogramme zugunsten von Hochschulen ein und trägt auf diese Weise zu einer Stärkung der Einrichtungen bei. Im Zuge der von uns beabsichtigten Steigerung der Investitionen in Bildung und Forschung auf 10 Prozent des BIP wird sich dieses Engagement noch verstärken. Die FDP lehnt eine stärkere Reglementierung der Hochschulen über Bundes- oder Landesgesetzgebung ab. Vielmehr beabsichtigen wir die Hochschulautonomie zu stärken und staatliche Interventionen auf ein notwendiges Maß zu beschränken.

DIE LINKE hält die Schaffung einer Gemeinschaftsaufgabe Bildung von Bund und Ländern für unumgänglich. Bei öffentlichen Ausgaben für Bildung liegt unser Ziel beim OECD-Durchschnitt von sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Bundesweit stünden damit 50 Milliarden mehr zur Verfügung und würden u. a. ein gebührenfreies Studieren für alle ermöglichen. Notwendig ist ein bundesweites Hochschulzulassungsgesetz, das einen offenen Hochschulzugang ohne individuelle Auswahlverfahren durch Hochschulen ermöglicht und Studieren für Menschen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung regelt. Statt Sonderprogramme wie die Exzellenzinitiative sollte der Bund zusammen mit den Ländern höhere Grundmittel für Lehre und Forschung an den Hochschulen finanzieren.

Die SPD konnte sich bei den Verhandlungen um die Föderalismusreform I gegen die Union durchsetzen und hat verhindert, dass im Hochschulbereich ein reiner Wettbewerbsföderalismus eingeführt wurde. Zwar hat der Bund keine Gesetzgebungskompetenzen für die Bereiche Schule, Kita und auch Hochschule. Doch konnte das so genannte Kooperationsverbot, das Finanzhilfen des Bundes im Schul- und Hochschulbereich untersagen sollte, entscheidend abgeschwächt werden. Nun sind zumindest im Hochschulbereich, genauer in der Wissenschaft insgesamt, weiterhin gemeinsame Programme von Bund und Ländern möglich. Mit dem Begriff der „Wissenschaft“ sind künftig sogar erstmals Bundeshilfen für die Lehre an Hochschulen zulässig. Ohne diese von der SPD durchgesetzte Kooperationsklausel im Grundgesetz für die Hochschulen gäbe es heute keinen Hochschulpakt 2020 und kein Professorinnenprogramm. Für die SPD ist die Kooperation im Hochschulbereich unbedingt notwendig, damit die großen Herausforderungen, mit denen die Hochschulen sich in den nächsten Jahren konfrontiert sehen, gemeistert werden können.

Der Bund hat Kompetenzen im Bereich der Zulassungen und der Abschlüsse. Wir werden diese Kompetenzen so nutzen, dass vor allem die Studierenden davon profitieren. Deshalb werden das Chaos bei der Hochschulzulassung beenden und sie bundeseinheitlich regeln.

Wir wollen die Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Bildungsbereich ausweiten: Denn der notwendige Qualitätssprung wird nur gelingen, wenn Bund, Länder und Kommunen gemeinsam handeln. Wir wollen im Grundgesetz die Voraussetzungen dafür schaffen, dass eine solche Kooperation möglich ist.

9. Welche Möglichkeiten haben Sie, die deutschen Hochschulen für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen attraktiver zu machen?

Gerade für Wissenschaftlerinnen haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in dieser Legislatur einiges unternommen. Denn die Unterrepräsentanz von Frauen in der Wissenschaft ist nicht nur ein Gerechtigkeitsproblem, sondern auch ein Qualitätsnachteil, weil ihre Potenziale in Deutschland häufig brachliegen. Deswegen fordern wir deutlich mehr Verbindlichkeit und Überprüfbarkeit bei der Durchsetzung gleichstellungspolitischer Ziele. Wir setzen uns dafür ein, dass Bundesgelder für Forschung und wissenschaftliche Einrichtungen künftig an qualitative und quantitative Zielvorgaben

geknüpft werden müssen. Wir wollen innerhalb eines angemessenen Zeitraums einen Anteil von mindestens 40 Prozent jedes Geschlechts auf allen Ebenen und in allen Fachbereichen. Auf dem Weg dahin bietet sich das Kaskadenmodell an: Auf der jeweils nächst höheren Qualifikationsstufe muss ein ebenso hoher Frauenanteil wie auf der vorangehenden erreicht werden. Überprüfbare Vorgaben über konkrete Steigerungsquoten müssen Eingang finden sowohl in Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen den Ländern und den Hochschulen bzw. Wissenschaftseinrichtungen als auch in die forschungsbezogene Mittelvergabe. Flankiert werden muss der Steigerungsprozess von Elementen der Evaluation, Erfolgskontrolle und schnellen Reaktion, wenn Ziele nicht erreicht werden.

Wir haben uns in dieser Legislatur auch für eine bessere Vereinbarkeit von Familie mit der Wissenschaft als Beruf eingesetzt. Für die Nachwuchskräfte halten wir das Wissenschaftszeitvertragsgesetz für nicht ausreichend. Kettenbefristungen auf Stellen, die sich überwiegend aus Drittmitteln finanzieren, sind keine attraktiven Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft. Wir streben seit langem die Abschaffung der Verbeamtung von Professorinnen und Professoren an und setzen uns für ein Arbeitsrecht für die Wissenschaft ein, das unbefristete Arbeitsverhältnisse mit wissenschaftsspezifischem Kündigungsschutz ermöglicht. Wir Grüne wollen durch größere Autonomie der Wissenschaftseinrichtungen bei der Einwerbung von Personal und bei der Mittelvergabe ihre Attraktivität für herausragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stärken.

CDU/CSU An erster Stelle ist die Fortführung der Exzellenzinitiative zu nennen, die viele neue Stellen insbesondere für Nachwuchswissenschaftler schafft und die Bedingungen für Spitzenforschung an Deutschlands Hochschulen verbessert. Vom „Pakt für Forschung und Innovation“ profitieren die Hochschulen insbesondere durch die vereinbarte jährliche Erhöhung des Haushaltes der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Den Wissenschaftseinrichtungen verschaffen wir mit der Wissenschaftsfreiheitsinitiative mehr Freiraum.

Wo dies sinnvoll ist, strebt die CDU auch die Bündelung der Forschungspotentiale unter einem Dach an, wie dies schon beim Karlsruher Institut für Technologie (KIT), dem Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen und dem Nationalen Diabeteszentrum geschehen ist. Da der Wettbewerb um die besten Köpfe weltweit ausgetragen wird, werden wir auch die Internationalisierung unserer Hochschulen vorantreiben. Zudem werden wir gezielt dem unterdurchschnittlichen Anteil von Frauen in wissenschaftlichen Berufen entgegenwirken.

FDP Die Liberalen Die FDP setzt sich für ein Wissenschaftsfreiheitsgesetz ein, das insgesamt die Leistungsfähigkeit und Flexibilität sowie die internationale Wahrnehmbarkeit des deutschen Wissenschaftssystems erhöht. Damit dies gelingen kann, ist die Eigenverantwortung der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sowie Wissenschaftseinrichtungen hervorzuheben und der Entscheidungsspielraum der betroffenen Akteure auszuweiten. Hierfür müssen Bund und Länder ihre jeweiligen Verantwortungen konsequent wahrnehmen und durch gemeinsame Anstrengungen eine grundlegende qualitative und quantitative Stärkung des Wissenschaftssystems herbeiführen. Es reicht nicht aus, nur finanzielle Anreize zu setzen. Wir müssen das rechtliche Korsett aufschnüren, das die Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses einengt. Die rechtlichen Rahmenbedingungen in Deutschland müssen attraktiv, forschungsfreundlich und international konkurrenzfähig ausgestaltet werden. Es bedarf eines mutigen Schritts, hin zu einem bundesweiten Wissenschaftsfreiheitsgesetz, das einen gemeinsamen Handlungsrahmen beschreibt, bestehende Hemmnisse beseitigt und die Handlungsspielräume des Wissenschaftssystems ausweitet. Die FDP setzt sich für die Einführung eines eigenständigen Wissenschaftstarifvertrags ein. Durch einen Wissenschaftstarifvertrag werden die Voraussetzungen für ein eigenständiges Tarif- und Vergütungssystem für den wissenschaftlichen Nachwuchs geschaffen. Das deutsche Wissenschaftssystem steht mit den führenden Wissenschaftseinrichtungen und der Wirtschaft in einem weltweiten Wettbewerb um die besten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen. Dieser globale Konkurrenzkampf wird sich in Zukunft noch weiter verschärfen. Um hier erfolgreich bestehen zu können, müssen die Forschungseinrichtungen exzellenten Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen attraktivere Vergütungskonditionen anbieten.

In Deutschland ausgebildete exzellente ausländische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen müssen zukünftig unbürokratisch eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten. Auch für die Familie und die Lebenspartner sind adäquate Chancen zu ermöglichen. Für Hochqualifizierte darf es keine ausländerrechtlichen bürokratischen Hürden geben.

Schließlich ist der Ausbau familienfördernder Infrastruktur an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie von familienunterstützenden Unterstützungsangebote und Arbeitsbedingungen ist im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu unterstützen. Auf diese Weise kann es gelingen, hochqualifizierte Personen für die Wissenschaft zu gewinnen und im System zu halten.

DIE LINKE. Um Hochschulen Planungssicherheit zu geben, muss der Hochschulpakt II sofort auf finanziell sichere Füße gestellt werden. Die Attraktivität der Hochschulen wird zudem erhöht, wenn prekäre Beschäftigung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zugunsten von mehr Dauerstellen neben der Professur zurückdrängt werden. Verbreitet unbezahlte Lehraufträge und dauerhafte Befristungen bei Drittmittelbeschäftigten sind weder für die Beschäftigten noch für den Teamaufbau an Instituten länger tragbar. Die Bezahlung und Absicherung von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern könnten wissenschaftsspezifische Regelungen in den Tarifverträgen für den Öffentlichen Dienst verbessern.

SPD Wir wollen die Rahmenbedingungen für das deutsche Wissenschaftspersonal als auch für Forscherinnen und Forschern aus anderen Ländern attraktiver zu gestalten. Dazu haben die Exzellenzinitiative und die Einführung der Programmpauschale einen wichtigen Beitrag geleistet. Die bewilligten Forschungsmittel sind flexibler einsetzbar und leisten somit einen wichtigen Beitrag für eine Ausweitung des Gestaltungsspielraums der Hochschulen. Etliche Wissenschaftler sind deshalb schon aus dem Ausland wieder nach Deutschland zurückgekehrt entgegen dem viel beschworenen „brain drain".

Zum anderen wollen wir die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass ausländische Hochschulabsolventen und Nachwuchswissenschaftler nach dem Aufenthaltsrecht einen gesicherten Status bekommen, um hier zu arbeiten. Es sind aber noch immer zu wenige Frauen in Führungspositionen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Dieses Potential liegt brach. Wir wollen deshalb Wissenschaftsbetrieb familienfreundlicher gestalten und so den Frauenanteil des wissenschaftlichen Personals bis 2020 auf 40 % erhöhen. Dafür planen wir ein Professorinnen-Programm sowie ein Investitionsprogramm für Kindertagesstätten und Krippen an den Hochschulen.

10. Mit welchen Maßnahmen wird der Bund die Studienbedingungen verbessern?

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Wir wollen einen besser ausfinanzierten Hochschulpakt, der in den kommenden fünf Jahren 500.000 zusätzliche Studienplätze finanziert. Dazu wollen wir eine Finanzierung jedes Studienplatzes mit 10.600 € pro Jahr, was zumindest dem Durchschnitt der Kosten in den OECD-Staaten entspräche. So könnten die Betreuungsverhältnisse verbessert und die Abbruchsquoten nachhaltig verringert werden.

Außerdem wollen wir an die Stelle des BAföG eine Studienfinanzierung aus zwei Säulen setzen, mit dem Studierende bis zu 800 € erhalten können: Kombiniert werden der Studierendenzuschuss (Säule 1) und der Bedarfszuschuss (Säule 2). Mit Säule 1 erhalten alle Studierenden eine Sockelförderung in gleicher Höhe als Basisabsicherung. Geplant sind 200 Euro monatlich, unabhängig vom Elterneinkommen. Damit geben wir allen Studienberechtigten einen Anreiz, tatsächlich ein Studium aufzunehmen. Mit Säule 2 sichern wir eine unerlässliche soziale Komponente: Der neue Bedarfszuschuss ist als Vollzuschuss mit 260 Euro monatlich geplant und muss – anders als das jetzige BAföG – nicht zurückgezahlt werden. Denn es sind überwiegend finanzielle Gründe, weshalb in einkommensarmen und bildungsfernen Familien derzeit die meisten Bildungspotenziale brachliegen. Daher begünstigen wir Studierenden aus diesen Familien ganz gezielt.

CDU/CSU Mit dem Hochschulpakt werden 275.000 zusätzliche Studienplätze geschaffen und verbessern sich die Studienbedingungen.

Mehr Eigenverantwortung für die Hochschulen soll Forschung und Lehre in Deutschland attraktiver machen. Wir wollen den Wettbewerb zwischen den Hochschulen fördern und auf geringere Studienabbrecherquoten hinwirken. Die Reform der Studienstrukturen nach dem „Bologna-Prozess" muss unvoreingenommen überprüft werden.

FDP Die Liberalen Die FDP spricht sich für die Aufstockung der Finanzmittel für die Hochschulen bei langfristiger finanzieller Planungssicherheit aus. Im Zusammenhang mit den Beratungen zum Hochschulpakt II haben wir einen Kostenansatz (Pauschale: Platz / Semester) gefordert, der „um mindestens 25 Prozent" über dem derzeitigen Niveau liegt. Bislang haben sich

CDU und SPD dagegen verwehrt. Zudem fordern wir die Entwicklung eines auf Nachfrageorientierung basierenden (gesamtstaatlichen) Systems der Hochschulfinanzierung per Gutscheinmodell, um einen fairen Wettbewerb der Hochschulstandorte sowie eine angemessene Grundfinanzierung der Hochschullehre zu gewährleisten.

DIE LINKE. Die Hochschulen sind seit Jahren unterfinanziert. Zwei Studierende teilen sich im Schnitt einen Studienplatz. DIE LINKE fordert, den Hochschulpakt für zusätzliche Studienplätze deutlich zu erhöhen und an realen Studienplatzkosten zu orientieren. Um mittelfristig den Anteil von Studierenden in der Gesellschaft zu erhöhen, muss der Bund ggf. die Länder dabei unterstützen, höhere Grundmittel für die Hochschulen zu finanzieren. Nur so werden insgesamt mehr Stellen an den Hochschulen geschaffen, die Betreuung im Studium verbessert und kommende Schulabgängerinnen und Schulabgänger nicht vor verschlossenen Hochschultüren stehen. Damit sich alle ein Studium leisten können, fordern wir den schrittweisen Ausbau des Bafög zum elternunabhängigen Vollzuschuss.

SPD Wir wollen einen offenen Zugang zu den Hochschulen. Die SPD steht deshalb für ein gebührenfreies Studium bis einschließlich zum Master. Dort, wo die Union Studiengebühren eingeführt hat, werden wir sie – wie in Hessen bereits geschehen – wieder abschaffen. Die SPD will die Hochschulen für neue Personengruppen öffnen. Mehr Fachkräfte ohne Abitur sollen die Möglichkeit zum Studium haben. Die SPD wird das Chaos in der Hochschulzulassung, das ein großes Problem für angehende Studierende darstellt, beenden. Wir werden die Hochschulzulassung bundeseinheitlich regeln. Alle Hochschulen müssen sich an einem zentralen Serviceverfahren beteiligen, damit die Kapazitäten optimal ausgenutzt werden können und Studierende nach ihren Neigungen studieren können.

Derzeit brechen zu viele Jugendliche ihr Studium frühzeitig ab. Nach der Studienstrukturreform gibt es einen erhöhten Beratungsbedarf bei den Studierenden.

Wir wollen, dass es bessere Studienberatung gibt und die Hochschulen ausreichend ausgestattet sind, um den Studierenden dabei zu helfen, ihre Studienziele zu erreichen. Neben dem quantitativen Ausbau der Studienplätze, den wir durch den gerade beschlossenen Hochschulpakt 2020 vorantreiben werden, legen wir einen Schwerpunkt auf die Verbesserung der Lehre.

Es war auf Dringen der SPD, dass die Studienplätze durch denn Hochschulpakt II finanziell besser ausgestattet sind – das wird der Qualität der Studienplätze zugute kommen.

Studierende brauchen einen gesicherten Lebensunterhalt.

Die SPD tritt ein für ein starkes BAföG. Wir werden es regelmäßig an die Lebenshaltungskosten anpassen. Für die SPD ist das BAföG das zentrale Instrument, Chancengleichheit in der Bildung herzustellen. Wir werden die Altersgrenze beim BAföG nach oben setzen, so dass auch Studierende in späteren Lebensphasen der Erwerbsbiografie davon profitieren können. Wir werden es flexibler gestalten, so dass auch Teilzeitstudiengänge und weiterbildende Master-Studiengänge gefördert werden können.

11. Wie können Sie die Internationalisierung von Forschung und Lehre fördern?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es wichtig, dass Internationalisierung nicht bedeutet, dass Deutschland auf Kosten der Entwicklungsländer einen „brain gain“ erzielt. Vielmehr muss es bei der Internationalisierung der Wissenschaft um eine ausgewogene „brain circulation“ mit allen Teilen der Welt gehen. Wir halten es für notwendig, dass die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen besser werden und dass zusätzlich die Arbeitsvoraussetzungen für hochqualifizierte Fachkräfte auch aus Nicht-EU-Staaten erleichtert werden. D.h. die Mindestverdienstgrenzen müssen ebenso abgesenkt werden wie die Anforderungen an die Arbeits- und Aufenthaltsbedingungen von Partnerinnen und Partnern. Austauschprogramme wollen wir ausbauen, die internationale Kooperation stärken und Mobilitätsbarrieren abbauen. Beispielsweise muss die Portabilität von Sozialversicherungsleistungen innerhalb der EU für Forscherinnen und Forscher ermöglicht werden.

CDU/CSU Die CDU-geführte Bundesregierung hat bereits eine Internationalisierungsstrategie entwickelt. Wir wollen die weltweiten Herausforderungen gemeinsam meistern, die Chancen für Innovationen deutscher Unternehmen auf globalen Märkten nutzen und unsere Wissenschaft im Wettbewerb um die besten Köpfe stärken. Die Internationalisierungsstrategie

setzt auf die Gewinnung ausländischer Nachwuchs- und Spitzenwissenschaftler, den Ausbau der internationalen Zusammenarbeit in den Fachprogrammen, die Verstärkung der Präsenz im Ausland über deutsche Wissenschaftshäuser und -referenten, den Dialog für eine internationale Forschungsagenda und auf Werbekampagnen für den Studien-, Wissenschafts- und Innovationsstandort Deutschland. Zudem werden wir den europäischen Forschungsraum weiter aktiv gestalten, das europäische Forschungsrahmenprogramm und den neuen EU-Forschungsrat intensiv nutzen.

FDP Um den Wissenschafts- und Forschungsstandort Deutschland in seiner Attraktivität weiter zu steigern, müssen mehrer Faktoren berücksichtigt werden. Zunächst gilt es die deutschen Vergütungsstrukturen so anzupassen, dass sie den Anforderungen der gesteigerten Mobilität gerecht werden und dem internationalen Vergleich standhalten. Zudem sind unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen gehalten, ihre Anstrengungen mit Blick auf internationale Kooperationsvorhaben beizubehalten bzw. weiter auszubauen. Schließlich müssen wir junge Nachwuchswissenschaftler in ihrem Wunsch bestärken und unterstützen, sich im internationalen Raum weiter zu qualifizieren und ihnen im Anschluss Anreize zu bieten, wieder nach Deutschland zurückzukehren. Allerdings ist ebenso dafür Sorge zu tragen, dass die internationalen High-Potentials für unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen gewonnen werden und langfristig eine Bleibeperspektive in Deutschland erhalten.

DIE LINKE. Nur 15 Prozent der Bachelor-Studierenden geht für ein Praktikum oder ein Semester ins Ausland, da die Zeit im Studium knapp ist und Auslandsaufenthalte vor allem vom eigenen Geldbeutel abhängen. Zudem werden nur ein Drittel der Studienleistungen aus dem Ausland anerkannt. Die soziale Förderung von Auslandsaufenthalten und die Leistungsanerkennung muss daher dringend und der Zeitdruck im Bachelor gesenkt werden. Ausländische Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler brauchen eine Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Dauer ihres Studiums bzw. ihrer Beschäftigung.

SPD Wir wollen die Internationalisierung von Lehre und Forschung weiterentwickeln, damit mehr Spitzenkräfte aus dem Ausland zu uns kommen und Forscherinnen und Forscher in unserem Land bleiben. Das Einwanderungsrecht und Verdienstmöglichkeiten sind dafür wesentliche Faktoren. Wir müssen sie so gestalten, dass die besten Köpfe zu uns kommen und bei uns ihre Arbeit leisten. Darüber hinaus wollen wir junge Wissenschaftler und auch Studierende darin fördern, einen Teil ihrer wissenschaftlichen Karriere im Ausland zu verbringen, um wichtige Erfahrungen zu sammeln. In diesem Zusammenhang wollen wir bestehende Stipendien- und Austauschprogramme ausbauen. Studiengänge und Abschlüsse müssen international vergleichbar sein, sonst wird Mobilität erschwert. Deshalb setzen wir auf eine konsequente und umsichtige Umstellung der Studiengänge auf Bachelor- und Master-Abschlüsse.